

Gerard R. Ward / Elisabeth Kingdon (eds.)
Land, Custom and Practice in the South Pacific
Cambridge University Press, 1995, 304 pp., \$ 64.95

Stephanie Lawson
Tradition versus Democracy in the South Pacific
Fiji, Tonga and Western Samoa
Cambridge University Press, 1996, 240 pp., \$ 64.95

Zwei in der Reihe der "Cambridge Asia-Pacific Studies" erschienene Bände befassen sich mit wichtigen Aspekten der verfassungs- und rechtpolitischen Auseinandersetzung in der Region des Südpazifiks. In dem Sammelband von *Ward / Kingdon* geht es um die Entwicklung des Landrechts; *Lawson* nimmt in ihrer Monographie den Bereich der Staatsorganisation in den Blick. In thematischem Zusammenhang stehen die Bände insoweit, als sie die Frage nach der Bedeutung indigener Tradition und einheimischen Gewohnheitsrechts für die Gestaltung dieser zentralen Regelungsbereiche untersuchen. "*Tradition*" bzw. "*Custom*" sind viel bemühte und im rechtlichen, gesellschaftlichen sowie politischen Denken der Menschen fest verankerte Kategorien. Dabei wird die Funktion der Verwendung dieser Begriffe im politisch-gesellschaftlichen Diskurs der Region durchaus unterschiedlich bewertet. Dient sie den einen als Sicherung eigener Kultur gegenüber importierten Werten, stellt sie für andere ein Instrument der Herrschaftsstabilisierung der vorhandenen Eliten dar.

Das Buch von *Ward / Kingdon* geht in insgesamt sieben Beiträgen der Problematik des Landrechts nach, das im Südpazifik traditionell große Aufmerksamkeit erfährt und das insgesamt als derjenige Bereich staatlicher Normierung gelten kann, der am stärksten durch "traditionelles" Recht bestimmt ist. Der Band ergänzt die reichhaltige Literatur (die er im Übrigen gründlich bibliographiert, S. 265 ff.) um zwei übergreifende Einführungsberichte (*Ward / Kingdon*), vier Länderanalysen zu Vanuatu (*Margaret Rodman*), West-Samoa (J. *Tim O'Meara*), Tonga (*Kerry James*) und Fidschi (*Ward*) sowie einen essayistischen Schlussbeitrag (*Antony Hooper / Ward*). Gemeinsam ist den Beiträgen ein Maß an Unabhängigkeit (die Autoren sind durchweg ausgewiesene Wissenschaftler), das sie von zahlreichen Sammelband-Publikationen zum gleichen Thema abhebt, in denen allzu oft primär "Akteure" selbstdarstellerisch das Wort ergreifen¹. Gemeinsam ist den Beiträgen daneben die Auseinandersetzung mit der Realität der oft so intensiv beschworenen Traditionen. Die Autoren zeigen auf der Grundlage offenbar intensiver und zumeist langjähriger "Feldforschung" auf, dass das heutige Landrecht quer durch die Region oft weit weniger "historisch gewachsen" ist, als dies von seinen Verfechtern (nicht immer uneigennützig) behauptet wird. Auch haben gerade Maßnahmen zur Stärkung des indigenen Gewohnheitsrechts, wie

¹ Als Ergänzung sei aber hier noch auf den guten Band von *Ron Crocombe / Malama Meleisea* (eds.), *Land Issues in the Pacific*, Christchurch / Suva (Fiji) 1994 hingewiesen.

etwa die Installation des "Land and Titles-Court" durch die deutsche Kolonialverwaltung in Samoa (hierzu O'Meara, S. 145 f.), zu deutlichen Strukturveränderungen geführt². Klar wird auch, dass das praktizierte Nutzungsrecht weniger gemeinschafts- und stärker individualbezogen ist, als oft angenommen wird.

Da sich im Südpazifik zum Teil das gesamte Gesellschaftssystem um die Verfügungsgewalt über das Land rankt, erfährt der Leser gleichsam beiläufig viel über die Gesellschafts- und Rechtsstrukturen in den untersuchten Staaten insgesamt. So berichtet Rodman über die Probleme bei der Einführung von Custom-Courts in Vanuatu, O'Meara bietet einen Einblick in das System der samoanischen Adelsgesellschaft, James berichtet über den fundamentalen gesellschaftlich-politischen Umbruch, den Tonga in der zweiten Hälfte des 19. Jhdts. erlebt hat. Ward führt in das zentrale politische Problem Fidschis ein: das Verhältnis zwischen den indigenen Fidschianern und der zweiten Hälfte der Bevölkerung, den Nachkommen der von der englischen Kolonialverwaltung ins Land gebrachten indischen Plantagenarbeiter. Es ist ein Buch, das letztlich mehr hält, als es verspricht, denn über das Landrecht vermittelt es ein Panoptikum pazifischer Gesellschaftsfragen, eine gewinnbringende Lektüre also für jeden, der sich regional mit dem Südpazifik oder sektorale dem Landrecht in traditionalen Gesellschaften befasst.

Die (ebenfalls mit einer guten Bibliographie ausgestattete³) monographische Untersuchung von Stephanie Lawson stellt das Spannungsverhältnis zwischen Traditionspolitik und Demokratieprinzip in den Staaten Fidschi, Tonga und West-Samoa in den Vordergrund. Für Fidschi, wo neben das Problem der Privilegierung der Chiefs wie erwähnt noch das schwierige Verhältnis zwischen der ethnisch-fidschianischen und der "indischen" Hälfte der Bevölkerung tritt, ist das Buch "faktisch" inzwischen nicht mehr auf dem neuesten Stand, denn entgegen der Erwartung vieler Beobachter, die auch die Verfasserin noch teilte (S. 74 wird jede signifikante Verfassungsänderung für "highly unlikely" gehalten), wurde am 27. Juli 1998 nach langen und spannungsgreichen Verhandlungen eine revidierte Verfassung in Kraft gesetzt. Diese zeichnet sich in ihrem Duktus dadurch aus, dass zwar nach wie vor die Rechte und die Traditionen der ethnischen Fidschianer, gleichzeitig aber auch diejenigen der sonstigen Bevölkerungsgruppen betont werden. Deutlich wird der Wandel in der Präambel, die ausdrücklich anerkennt, "that the descendants of all those who chose to make their homes in these islands form our *multicultural society*" (Hervorhebung nur hier). Konkret bringt die neue Verfassung insbesondere ein deutliches Maß an Demokratisierung mit sich. Zwar gilt auch nach der neuen Verfassung noch ein kompliziertes Wahlrecht mit

² Insgesamt skeptisch zum Erhalt von "Custom" im Recht der Region zuletzt auch Kenneth Brown, *Customary Law in the Pacific: an endangered species?*, in: *South Pacific Law Journal* Vol. 3 (1999), publiziert ausschließlich im Internet: http://www.vanuatu.usp.ac.fj/sp_law_journal.htm. (ebd. zahlreiche Informationen und Dokumente zu Verfassung und Recht der Region).

³ Ergänzend hingewiesen sei auf den Sammelband *Geoffrey M. White / Lamont Lindström* (eds.), *Chiefs Today. Traditional Leadership and the Postcolonial State*, Stanford 1997, der in 25 Beiträgen die gesamte Region in den Blick nimmt.

zugewiesenen Sitzen für die Ethnien, immerhin 25 von 71 Sitzen werden nun aber im Rahmen einer "open roll" ethnienunabhängig gewählt (Art. 51). Auch ist die gezielte Unterrepräsentation der indischen Bevölkerung mit dem neuen Wahlrecht revidiert. Aus den ersten Wahlen unter der neuen Verfassung am 12. Mai 1999 ist erstmals in der Geschichte Fidschis mit Mahendra Chaudry ein "indischer" Premierminister hervorgegangen. Aber auch unter der neuen Verfassung bleibt "traditional leadership" dauerhaft institutionalisiert. Deutlich wird der Kompromisscharakter der neuen Verfassung etwa in der Person des Präsidenten. Im Gegensatz zur Putsch-Verfassung von 1990 ist die Zugehörigkeit zur Ethnie der Fidschianer nicht mehr Voraussetzung für das Amt (Art. 89), die Ernennung erfolgt aber durch den *Council of Chiefs (Bose Levu Vakaturaga)*, also dem Repräsentationsorgan der ethnisch-fidschianischen Elite (Art. 90). Die Ernennung eines "indischen" Präsidenten ist auf solcher Grundlage zwar nicht mehr unmöglich, andererseits aber einstweilen wenig wahrscheinlich. Die von *Lawson* beschriebenen grundlegenden Probleme sind für Fidschi also nach wie vor virulent. Unverändert aktuell sind die Ausführungen zu Tonga und Samoa. In Tonga befindet sich die staatsrechtliche Entwicklung in einer Phase des Stillstandes; zwar wird hier innenpolitisch ein zunehmender Reformdruck festgestellt, konkrete Veränderungen sind aber wohl erst in Folge eines Wechsels in der Person des Monarchen zu erwarten. In Samoa wurde die 1990 beschlossene Einführung des allgemeinen aktiven Wahlrechts (hierzu *Lawson*, S. 148 ff.) am 18. Dezember 1995 auch vom Court of Appeal bestätigt (C.A. 7/95).

Lawsons Arbeit hat eine klare Grundthese. Sie steht in der Tradition einer kritischen Forschungsrichtung, die sich der Instrumentalisierung von "*Tradition*" zur Rechtfertigung undemokratischer Machtprivilegien zugunsten der jeweiligen Eliten (der "*Chiefs*" in Fidschi, des Königs in Tonga, des Adelsstandes der "*matai*" in West-Samoa) widmet. Den programmatischen Ausgangspunkt der Arbeit spiegelt vielleicht am besten ein vorangestelltes Zitat: "Truth is what the chief says, and history is what the highest chief says (Elisabeth Wood Ellen)". Eingerahmt von einführenden bzw. bilanzierenden theoretischen Überlegungen bietet die (zum Themenkreis durch zahlreiche Publikationen gut ausgewiesene) Autorin unter diesem Leitmotiv eine Analyse der politischen Entwicklung in den drei Staaten. Wenn man sich auch aus der Sicht des Juristen manche Analyse rechtlicher Fragen etwas intensiver vorstellen könnte (so etwa der hochinteressanten Problematik einer Kodifizierung des samoanischen "Kommunalrechts" im "Village fono act" von 1990, knappe Andeutungen finden sich S. 155 ff.), so entsteht doch ein plastisches Panorama der historischen Entwicklung der rechtlichen und politischen Problemlagen.

Die hier angezeigten Publikationen werfen einen differenzierten und bisweilen kritischen (aber durchweg von viel Respekt geprägten) Blick auf "*Custom*" und "*Tradition*" in seiner Bedeutung für Gesellschaft, Politik und Recht im heutigen Südpazifik. Sie machen klar, dass nicht alles "traditionell" ist, was im Diskurs vor Ort so bezeichnet wird. Gerade die selbstbewussten Eliten des Südpazifiks verstehen es, zum Erhalt oder Ausbau von Privilegien "*Tradition*" zu bemühen und sie den auf Veränderung drängenden Demokratiebewegungen, Frauenrechtsgruppen etc. entgegenzuhalten. Das Grundproblem der "*Politics of*

tradition" liegt darin, dass die Weltentwicklung auch an den entlegenen Archipelen der Südsee nicht spurlos vorüber gegangen ist. Zum Respekt vor diesen Gesellschaften gehört es, sie nicht im 18. Jahrhundert "verhaften" zu wollen, nur weil der Respekt vor fremder Kultur und Tradition ein so wohlklingendes Leitmotiv ist. Obwohl es sich bei den hier angezeigten Büchern im engeren Sinne nicht um rechtswissenschaftliche Untersuchungen handelt, sind es doch wichtige Beiträge zur Rechtsentwicklung vor Ort.

Jörg Menzel

Xiao Feng

Die chinesische "Treuhändanstalt"

Ein Instrument für die Umwandlung des Wirtschaftssystems in der Volksrepublik China
Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Band 158
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1998, 290 S., DM 98,--

Lutz-Christian Wolff

Das internationale Wirtschaftsrecht der VR China

Schriftenreihe Recht der internationalen Wirtschaft, Band 56
Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg, 1999, 231 S., DM 125,--

Yongliu Zheng

Das Wirtschaftsrecht Chinas

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1997, 363 S., DM 98,--

Der Umbau der chinesischen Volkswirtschaft von staatsgelenkter – und weitgehend staats-eigener – Planwirtschaft zu einer "sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung" begann, zunächst zögernd, nach der Palastrevolte von 1976 gegen die sogenannte "Viererbande", die ideologischen Erben des kurz zuvor gestorbenen Mao Zedong. Der Wandel beschleunigte sich ab 1979, mit der Rückkehr von Deng Xiaoping zur politischen Macht, und dauert – ungeachtet zeitweiligen Stillstands nach dem *Tiananmen*-Massaker vom 4. Juni 1989 – auch nach dem Tod Dents 1997 unter der neuen Führung an. Seinen neuesten normativen Ausdruck fand er in der Verfassungsänderung von 1999 zur Wirtschaftsordnung.

Die Triebkräfte dieser Reformen sind zahlreich. Sie reichen über traditionelle nationalistische Modernisierungsprojekte, die das von fremden Mächten historisch bedrückte China gegenüber dem fortgeschrittenen Ausland stärken sollten, zu Bestrebungen, durch verbesserten wirtschaftlichen Wohlstand die politische Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei zu wahren, weiter zu innerchinesischen regionalen Rivalitäten und unterschiedlichen